

VORBERICHT

zum Haushaltsplan 2014 der Gemeinde Rabenau

I. Vorbemerkung zum „doppischen“ Haushaltplan der Gemeinde Rabenau

Erläuterungen zum Jahresergebnis

Die aktuelle kommunale Finanzlage erscheint auf den ersten Blick erfreulich. Für die Jahre 2014-2016 prognostizieren die kommunalen Spitzenverbände einen Überschuss in den kommunalen Kernhaushalten, insofern die Euro-Schuldenkrise nicht erneut massiv eskaliert. Beim Blick auf die positiven Finanzdaten ist aber zu berücksichtigen, dass die Prognose lediglich Werte für die Gesamtheit der Kommunalfinanzen wiedergibt. Dies ändert nichts an der Tatsache, dass bei zahlreichen Städten und Gemeinden massive Haushaltsprobleme auch in der Zukunft fortbestehen.

Im Zeitraum bis 2016 werden weiterhin deutliche Mehrausgaben bei den sozialen Leistungen erwartet. Weitgehend unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung steigen die Kosten für Unterkunft/Heizung, die Hilfe zur Erziehung, die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung, die Hilfe zur Pflege und die Grundsicherung im Alter. Es besteht die Gefahr, dass die notwendigen Unterdeckungen in diesen Sachthemen der Landkreis durch höhere Umlagen bei den Städten und Gemeinden kompensiert werden. (Für die Kreis- und Schulumlage an den Landkreis Gießen wendet die Gemeinde sämtliche Erträge aus der Schlüsselzuweisung (1.888.906,- €) sowie weiteres Kapital aus den allgemeinen Deckungsmitteln von rd. (800.000,- €) auf. Wir erhalten jährlich mehr an Zuweisungen bei deutlichem Mehraufwand an Umlagen an den Kreis. Im Ergebnis haben wir jährlich weniger Geld zur Verfügung.

Der Spagat zwischen optimaler Aufgabenerfüllung und nachhaltiger Haushaltsbewirtschaftung wird daher vielerorts immer schwieriger. Hinzu kommt der demografische Wandel, dessen Facetten wie Einwohnerrückgang und alternde Bevölkerung neue Herangehensweisen verlangen. Nicht zuletzt führen die steigenden Erwartungen der Einwohnerinnen und Einwohner sowie Aufgabenübertragungen von Bund und Land zu einer weiteren Belastung bei uns Kommunen.

In den letzten Jahren konnten die deutschen Kommunen die höchsten Steuereinnahmen seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland verzeichnen. So könnte der Eindruck entstehen, dass es den Kommunen derzeit ausgesprochen gut geht. Tatsächlich jedoch ist trotz gestiegenen Einnahmen auch das Volumen der Aufgaben angewachsen. Die Schere zwischen Kommunen mit auskömmlichen Haushalten und hoch verschuldeten Kommunen klafft immer weiter auseinander.

Kommunen suchen nach Auswegen aus der Schuldenfalle. Manche Lösungsansätze haben sich als Irrweg erwiesen. Privatisierungen, Veräußerung von öffentlichem Eigentum oder Spekulationsgeschäfte spülten kurzfristig mehr Geld in die öffentlichen Kassen, hatten aber verheerende Folgen für Städte und Gemeinden. Die Kommunen begaben sich in die Abhängigkeit von Banken und Finanztransaktionsgeschäften. Wir Kommunen brauchen Stabilität, Planungssicherheit und deutlich höhere Einnahmen. Dazu bedarf es sowohl einer Steuerreform, die die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen insgesamt stärkt.

Die Großbaustelle Kommunalfinanzen muss nicht zuletzt aufgrund des Alsfeld-Urteils des Staatsgerichtshofs grundlegend neu vermessen werden. Das Gericht hat eine umfassende Betrachtung der Aufgabenbelastungen und Einnahmemöglichkeiten der Kommunen angemahnt. Auch mit Blick auf die Umlagebelastungen hat die Rechtssprechung in den letzten Monaten deutlich gemacht, dass auch Umlagelasten den umlagepflichtigen Kommunen noch finanziellen Spielraum lassen müssen.

Rückblick:

Haushaltswirtschaft im laufenden Jahr 2013

Der Gesamtergebnishaushalt war mit einem Fehlbedarf von 969.304 Euro im ordentlichen Jahresergebnis geplant.

Im laufenden Haushaltsjahr 2013 wurden geringe Korrekturen und Anpassungen zur Vermeidung größerer Abweichungen der Ergebnisse zu den Planansätzen vorgenommen, sowohl im Ergebnishaushalt als auch im Finanzhaushalt.

Mit der 1. Prognose 2013 wurde eine leichte Verbesserung der Finanzlage der Gemeinde dokumentiert. Das Defizit im Jahresergebnis des Gesamtergebnishaushaltes wurde von 969.304 € auf 823.500 € reduziert. Dies ist im Wesentlichen dem Gewerbesteueraufkommen geschuldet. In der neuerlichen Prognose wird sich das Ergebnis nochmals deutlich verbessern. Wir gehen derzeit davon aus, dass in 2013 ein ordentliches Ergebnis in Höhe von rd.- 621.000 € erreicht wird. Das ist im überwiegenden Teil auf eine höhere Gewerbesteuererinnahme zurückzuführen. Aufgrund von Steuerprüfungen sind erhebliche Nachzahlungen zu erwarten. (Ansatz 410.000 € erwartet 765.709 € = 355.709 € Mehreinnahme). Die Erwartung, dass sich das Gewerbesteueraufkommen auf dem Niveau 2013 stabilisiert, wird sich aufgrund des Ausbleibens nennenswerter Nachzahlungen vorrausichtlich in 2014 nicht fortsetzen.

Gesamtergebnishaushalt zum Hauhshalt 2013

Erträge und Aufwendungen	Haushalt 2013	Prognose 2013	Mehr	Weniger
Summe der ordentlichen Erträge einschl. der Finanzerträge	7.956.228 €	8.239.000 €	282.772 €	
Summe der ordentlichen Aufwendungen einschl. der Zinsen	8.925.532 €	8.773.000 €		152.532 €
Ordentliches Jahresergebnis	- 969.304 €	- 534.000 €		435.304 €
Außerordentliche Erträge	0,00 €	0 €	0 €	
Außerordentliche Aufwendungen	0,00 €	126.990 €	126.990 €	
Jahresergebnis	-969.304 €	- 660.990 €		308.314€

Grundsätzliche Bemerkungen zur Haushaltswirtschaft 2014

Die doppelte Haushaltswirtschaft macht die ordentlichen Aufwendungen und Erträge zum Maßstab für den Haushaltsausgleich. Danach ist der Haushalt der Gemeinde Rabenau auch für 2014 nicht ausgeglichen.

Die positive konjunkturelle Entwicklung konnte in Rabenau zumindest in Teilbereichen, wie bei dem Gewerbesteueraufkommen 2013, nachvollzogen werden. Jedoch musste der Planansatz für das Haushaltsjahr 2014 wieder auf 466 T € gekürzt werden. Diese Entwicklung wird sich aller Voraussicht nach auch in den folgenden Jahren fortsetzen. Um dem entgegen zu wirken ist eine Anpassung der Hebesätze erforderlich.

Im Rahmen der mittelfristigen Ergebnisplanung wurden die Ansätze im Ertragsbereich durchschnittlich leicht angehoben.

Letztlich ist festzuhalten, dass auch die massivsten Sparanstrengungen und die radikalsten Kürzungen im Zuschuss- und Leistungsbereich nicht zu einer deutlichen Verbesserung der Situation im Sinne einer weitgehenden Wiedererlangung des Haushaltsausgleichs führen.

Auch bei den gesetzlichen Pflichtaufgaben mit ihren Rahmenbedingungen und Aufgaben kann ein Mindestmaß an Ressourcenbestand nicht unterschritten werden.

Zudem werden Konsolidierungserfolge durch steigende Kosten, z.B. im Energiebereich oder aufgrund der Tarifabschlüsse, zu einem großen Teil wieder aufgezehrt

Der Stellenplan 2014 wurde nicht verändert.

Das unausgeglichene ordentliche Ergebnis führt zwingend zur Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes. Im Haushaltssicherungskonzept sind die Ursachen für den nicht ausgeglichenen Ergebnishaushalt zu beschreiben. Es muss verbindliche Festlegungen enthalten über das Konsolidierungsziel, die dafür notwendigen Maßnahmen und den angestrebten Zeitraum, in dem der Ausgleich des Ergebnishaushalts erreicht werden soll.

Der Finanzhaushalt ist 2014 durch unabdingbare Investitionen betroffen. Von den Auszahlungen in Höhe von 1.130.050 € entfallen 2014 auf den Ankauf eines Löschfahrzeuges mit 300 T€ und die Fortführung der EKVO in Odenhausen schlägt mit 250.000 € zu Buche.

Auch sind für die Ausstattungen des Gemeindebauhofs neue Fahrzeuge in Höhe von 170.000 veranschlagt. Die Restsumme verteilt sich auf Kleinprojekte. Die wichtigsten Investitionsvorhaben sind unter Nr. III des Vorberichtes erläutert.

Aufgrund der höheren Investitionsmaßnahmen in 2014 wird eine Neuverschuldung in Höhe von 113.330 € eintreten. In den Folgejahren werden wir wieder auf den Weg des Schuldenabbaus zurückkehren müssen.

II. Eckdaten des Haushaltsplanes 2014:

Gesamtbeträge/ Festsetzungen in der Haushaltsordnung.

Für das Haushaltsjahr 2014 sind folgende Gesamtbeträge veranschlagt und festgesetzt:

Ergebnishaushalt

Summe der ordentlichen Erträge einschl. Finanzerträge	8.474.791 Euro
Summe der ordentlichen Aufwendungen einschl. Zinsen	9.447.661 Euro
Ordentliches Ergebnis	- 972.870 Euro
Außerordentliche Erträge	0 Euro
Jahresergebnis	- 972.870 Euro

Finanzhaushalt:

Finanzmittelfluss aus laufender Verwaltungstätigkeit	- 366.743 Euro
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	+ 338.000 Euro
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	- 1.130.050 Euro
Zahlungsmittelfluss aus Investitionstätigkeit	- 697.610 Euro
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	697.610 Euro
Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	- 584.280 Euro
Finanzmittelfluss aus Finanzierungstätigkeit	113.330 Euro

Geplanter Zahlungsmittelüberschuss/ Zahlungsmittelbedarf des Haushaltsjahres

- 951.023 Euro

II. Erläuterung zum Ergebnishaushalt

Im Ergebnishaushalt erfolgt eine Gegenüberstellung der geplanten Erträge und Aufwendungen einer Periode (Haushaltsjahr). Die Gliederung des Gesamtergebnishaushaltes ist in § 2 GemHVO sowie dem Muster 7 zu § 2 GemHVO verbindlich geregelt bzw. vorgeschrieben.

Erträge des Ergebnishaushalts

Die **Erträge** setzten sich im Haushaltsjahr 2014 wie folgt zusammen:

Pos.-Nr.	Ertragsbereiche	Betrag in €
01	Privatrechtliche Leistungsentgelte	479.253 €
02	Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	1.558.507 €
03	Kostenersatzleistungen und –erstattungen	156.550 €
04	Bestandsveränderungen und aktivierte Eigenleistungen	0 €
05	Steuern und steuerähnliche Erträge	2.909.170 €
06	Erträge aus Transferleistungen	130.000 €
07	Erträge aus Zuweisungen, Zuschüssen und Umlagen	2.339.761 €
08	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten usw.	665.969 €
09	Sonstige ordentliche Erträge	208.046 €

Zu den privatrechtlichen Leistungsentgelten gehören:

- Umsatzerlöse aus Vermietung und Verpachtung, Sendemasten, Bunkeranlage, Windpark auf dem Noll (ca. 155 T€)
- Einnahmen für die Kompostieranlage (111 T€)
- Erlöse aus Holzverkäufen und Forstnebenbenutzung (160 T€)
- Entgelte für Mittagessen in den Kindergärten, (30 T€)
- Wegeentschädigungen (23 T€)

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte umfassen alle Entgelte für erbrachte Leistungen einer Kommune, denen ein gesetzlich vorgeschriebenes hoheitliches Leistungsaustauschverhältnis mit entsprechend rechtlich (Gesetz, Verordnung, Satzung) festgelegter Gegenleistung zugrunde liegt.

Der größte Teil der öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelte bezieht sich auf die Verwaltungs- und Benutzungsgebühren.

Verwaltungsgebühren sind öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die im Zusammenhang mit der Regelung eines Einzelfalls auf dem Gebiet des öffentlichen Rechts als Gegenleistung für Amtshandlungen oder sonstige Verwaltungstätigkeiten erhoben werden. Zu nennen sind hier vor allem die Gebühren, die im Ordnungsamt, Standesamt oder Bauamt für Dienstleistungen anfallen.

Benutzungsgebühren sind öffentlich-rechtliche Geldleistungen, die als Gegenleistung für die tatsächliche Inanspruchnahme von öffentlichen Einrichtungen erhoben werden. Zu dieser Kategorie gehören u.a. die Kindergarten-, Wasser und Abwassergebühren.

Zu den öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten gehören:

- Einnahmen Wasserversorgung (336 T€)
- Einnahmen Abwasserentsorgung „Gebühr“ (591 T€)
- Einnahmen Abwasserentsorgung „gesplittete Gebühr“ (301 T€)
- Kindergartengebühren (190 T€)
- Benutzungsgebühren DGH/ Halle (45 T€)
- Friedhofsgebühren aus der Grabnutzung, der Benutzungsgebühr, Verwaltungsgebühr (90 T€)

Erträge aus der Erstellung von Hausanschlüssen im Wasser- und Abwasserbereich (4 T€). Diese Maßnahmen werden generell im Ergebnishaushalt ausgewiesen, da sie keine Investitionsmaßnahmen der Gemeinde sind.

Unter **Kostenersatzleistungen und Erstattungen** werden Erträge verstanden, die von Dritten (Bund, Länder, Landkreise, Gemeinden, Zweckverbände, verbundene Unternehmen) für Leistungen der Gemeinde erbracht werden. Im Haushaltsjahr sind insgesamt 156.000 € an Kostenersatzleistungen veranschlagt (u.a. Betriebseinnahmen für die Nutzung der Kläranlage durch die Städte Allendorf und Grünberg).

Im Haushaltsplan sind keine **Bestandsveränderungen** geplant.

Die **Erträge aus Steuern und steuerähnlichen Erträgen einschließlich der Erträge aus gesetzlichen Umlagen** betragen insgesamt 2.909.170 € und setzen sich wie folgt zusammen:

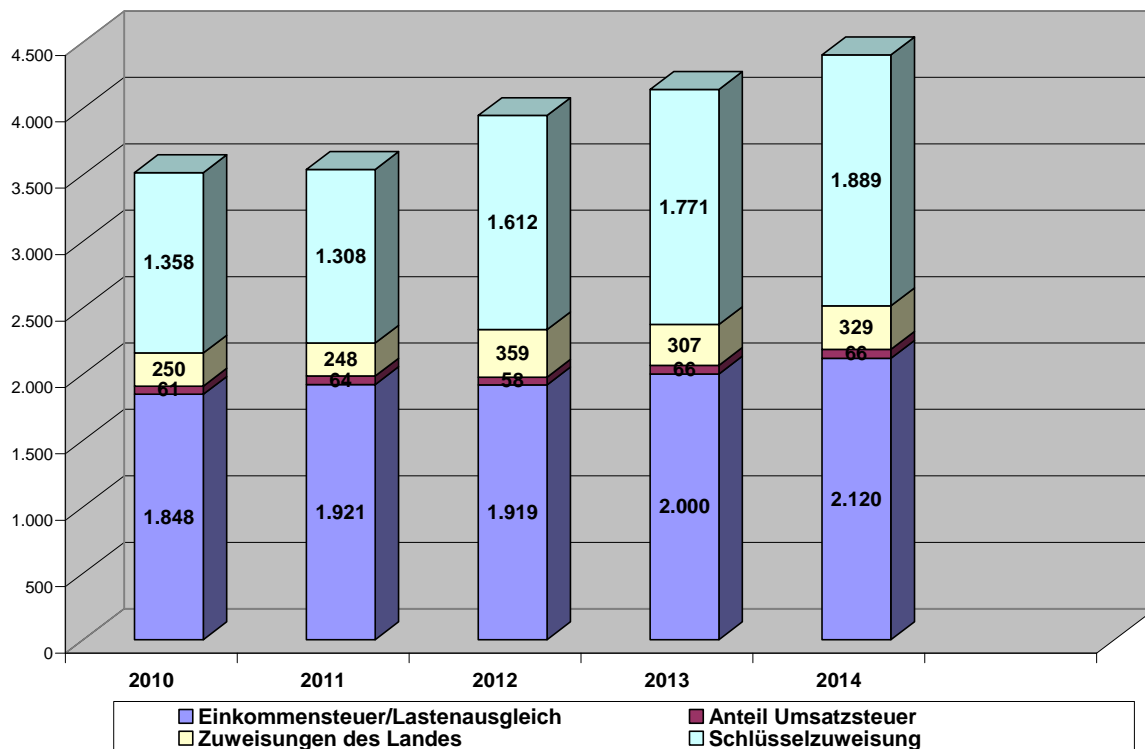
Übersicht Steuereinnahmen:

Art	HH-Ansatz	Ist	Ist	Ist
	2014	2013	2012	2011
Grundsteuer A und B	362.110	345.245	312.459	310.075
Gewerbesteuer	466.660	765.709	543.598	345.033
andere Steuern und ähnliche Einnahmen, Hundesteuer und sonstige Steuern	24.400	23.982	18.084	18.184
Gemeindeanteil an der Einkommensteuer	1.990.000	1.850.000	1.778.781	1.790.301
Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer	66.000	66.000	57.566	63.878
Gesamtsumme der Steuerträge:	2.909.170	3.059.936	2.710.488	2.527.471

Bedarfszuweisungen, Landes und des Kreises (Sachkonten 5421000 und 5422000)	329.395	306.556	359.267	248.408
Familienleistungsausgleich	130.000	130.000	139.900	130.095
Gesamtsumme der o.g. Erträge:	459.395	436.556	499.167	378.503

Schlüsselzuweisungen des Landes	1.888.906	1.770.865	1.612.984	1.308.853
./: Kreis- und Schulumlage	-2.699.181	2.547.984	2.418.935	2.215.836
Nettoanteil der Gemeinde an der Kreis- und Schulumlage	- 810.276	777.119	805.247	906.983
./: Kompensationsumlage (91.680,-€) und Zinsdienstumlage (13.500,- €) für HHJ 2014	- 105.100	99.325	78.164	71.674
./: Gewerbesteuerumlage	- 84.000	89.895	114.311	85.859
der Gemeinde verbleibende Steuereinnahmen	1.558.914	1.753.034	1.405.982	934.475

Aus der Tabelle ist ersichtlich, dass sich die verbleibenden Steuereinnahmen gegenüber dem erwarteten Ansatz 2013 um 159.315 € reduziert hat. Hier spiegelt sich u.a. die niedrigere Gewerbesteuererinnahme, der höhere Anteil an Schlüsselzuweisungen des Landes von 118.040 €, bei gleichzeitig höherer Belastung an Kreisumlage in Höhe von 151.197 €.



Die **Erträge aus Transferleistungen** in Höhe von 130.000 € betreffen die Ausgleichsleistungen nach dem Familienleistungsgesetz.

Die Erträge aus **Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke und allgemeine Umlagen** in Höhe von insgesamt 2.339.761 € ergänzen die eigenen Erträge der Gemeinde, die sie zur Finanzierung ihrer eigenen und der ihr übertragenen Aufgaben benötigt.

Als größter Posten schlägt sich hier die Schlüsselzuweisung des Landes in Höhe von 1.888.905 € sowie die Bedarfszuweisungen für Integrationsmaßnahmen und der U3-Betreuung in den Kindergärten in Höhe von 329.395 € (5421/ 5422) nieder.

Aufgrund des kommunalen Finanzausgleiches fällt die Schlüsselzuweisung für die Gemeinde Rabenau um 118.041 € höher aus.

Für die bei der Gemeinde beschäftigten Bürgerarbeiter wurden Zuweisungen für lfd. Zwecke vom Bund in Höhe von 116.640,- € eingestellt.

Des weiteren sind die **Erträge aus der Auflösung von Sonderposten aus Investitionszuweisungen, -zuschüssen und Investitionsbeiträgen** auszuweisen. Während auf der Aufwandsseite eine flächen-deckende Ausweisung von Abschreibungen als Wertminderung des Anlagevermögens erfolgt, müssen andererseits die erhaltenen Zuwendungen und Beiträge als Sonderposten passiviert und ertrags-wirksam über die Nutzungsdauer des bezuschussten Anlagegutes aufgelöst werden. Die erhöhten Erträge aus Investitionszuweisungen sind auf die erfolgte Gebührenberechnung im Abwasserbereich zurückzuführen (Ansatz 2013 = 278.388 € neu Ansatz 2014 = 470.390 €, ergibt eine Erhöhung um 192.002 €.)

Zu den „**sonstigen ordentlichen Erträgen**“ in Höhe von 208.066 € gehören die Nebenerlöse aus Vermietung und Verpachtung in Höhe von 36.634 € sowie Kostenbeiträge für die Konzessionsabgaben (Strom- und Gasversorgung), die allein mit 140.000 € zu Buche schlagen.

Im Produktbereich der „Forstwirtschaftlichen Unternehmen“ wird durch die Herabsetzung bzw. die Auflösung von Rücklagen ein ordentlicher Ertrag in Höhe von 18.743,- € erzielt.

Aufwendungen des Ergebnishaushalts

Die **Aufwendungen** setzen sich im Haushaltsjahr 2014 wie folgt zusammen:

Pos.-Nr.	Ertragsbereiche	Betrag in €
11	Personalaufwendungen	2.645.683 €
12	Versorgungsaufwendungen	94.216 €
13	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.952.156 €
14	Abschreibungen	1.190.390 €
15	Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse	143.985 €
16	Steueraufwendungen	2.895.861 €
17	Transferaufwendungen	3.700 €
18	Sonstige ordentliche Aufwendungen	4.795 €

Die **Personalaufwendungen** in Höhe von 2.645.683 € beinhalten die Dienstbezüge der Beamten, die Entgelte der Arbeitnehmer inklusive Weihnachtsgeld, Arbeitgeberanteil Sozialversicherung, Beiträge an die Zusatzversorgungskassen, Berufsgenossenschaft und an die gesetzliche Unfallversicherung.

Für Tarifsteigerungen in 2014 wurde eine Erhöhung von 2,0 % berücksichtigt. In dem Produktbereich enthalten sind auch die Kosten für die Bürgerarbeit in Höhe von 116.640 € (Erstattung dieser Aufwendungen werden unter Erträge aus Zuweisungen gebucht).

Im Bereich Unterstützung und Betreuung Gemeindlicher Gremien wurde eine Ersatzeinstellung vorgenommen (Freistellungsphase ATZ).

Entwicklung der Personalkosten in den **Kindertageseinrichtungen** der Gemeinde

Die u.a. Tabelle gibt einen Überblick zur Personal-kostenentwicklung der Haushaltsjahre 2009 bis 2014	Personalkosten
Ist-Kosten Haushaltsjahr 2009	576.441 Euro
Ist-Kosten Haushaltsjahr 2010	642.243 Euro
Ist-Kosten Haushaltsjahr 2011	713.048 Euro
Plan-Ansatz Haushaltsjahr 2012	826.015 Euro
Plan-Ansatz Haushaltsjahr 2013	923.920 Euro
Plan-Ansatz Haushaltsjahr 2014	939.758 Euro

Die **Versorgungsaufwendungen** in Höhe von insgesamt 94.216 € beinhalten die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen in Höhe von 20.679 €. Weiterhin sind hier noch die Aufwendungen für die Beihilfen an die Versorgungsempfänger und die Aufwendungen der Versorgungszahlungen für die Pensionäre enthalten.

Der **Aufwand für Sach- und Dienstleistungen** beträgt im Haushaltsjahr 2014 insgesamt 1.952.156 €.

Hierzu zählen:

- Aufwendungen für Material und Energiebezug (z.B. Büromaterial, Strom, Gas, Heizöl, Treibstoff, Wasser, Abwasser, Verbrauchsmittel, Reinigungskosten, Berufskleidung, Arbeitsschutzmittel etc.)
- Materialaufwendungen für Reparatur und Instandhaltung
- Aufwendung für bezogene Leistungen (z.B. Fremdinstandhaltung, externe Bauleitplanungskosten, Wartungskosten, Fremdentsorgungskosten)
- Miet- und Pachtkosten
- Lizenzen und Konzessionen
- Prüfungs-, Beratungs- und Rechtsschutzkosten, Sachverständigenkosten, Steuerberatungs- und Wirtschaftsprüfungskosten
- Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Tätigkeit (bisher Personalkosten), Aufwendung für Kommunikation, Dokumentation, Information, Reisen, Werbung z.B. Portokosten, Telefonkosten, Datenübertragungskosten, Reisekosten, Verfügungsmittel, Ehrungen, Repräsentationen, Aus- und Fortbildungskosten
- Kontoführungsgebühren, Gebühren für Kassenkredite, Vollstreckungskosten an den Landkreis Gießen
- Versicherungsbeiträge, Mitgliedsbeiträge
- Kauf von Familienstammbüchern zum Weiterverkauf, Kauf von Bio- und Restmüllsäcken zum Weiterverkauf
- Aufwendungen für die Hausanschlüsse im Bereich Wasser- und Abwasserversorgung

Wesentlicher Mehraufwand zum Haushalt 2013:

Produkt	Sachkonto	Wesentliche Positionen	Ansatz 2014	Differenz zum HHJ 2013
01 1003	6201000	Höhere Personalaufwendungen durch Ersatzeinstellung für die Mitarbeit in der Betreuung der Gemeindlichen Gremien sowie Vorzimmer des Bürgermeisters	196.582 €	47.634 €
01 1003	6773000	Aufwand für die Erstellung der Jahresabschlüsse mit Unterstützung von externen Büros. Erstattungen durch das Land siehe Konto 5421	24.300 €	20.000 €
01 1004	6710300	Anschaffungskosten für die Erneuerung der PC-Software in der Gemeindeverwaltung	90.000 €	6.000 €
01 1005	6063000	Notwendige Ersatzbeschaffung von „Erste Hilfe“ Ausrüstungen in den öffentlichen Einrichtungen	4.300 €	3.000 €
02 3001	6161000	Instandhaltungen von Gebäuden und Außenanlagen - Beseitigung der Feuchte in der Wohnung DGH Allertshausen, 8.000 € - Reparaturen Dach – Treppenaufgang Verwaltung, 5.000 €	14.150 €	6.800 €
02 3001	6161000	Aufwand für Außenputzarbeiten Feuerwehrgerätehaus Londorf	13.700 €	3.700 €
02 3001	6063000	Aufwendungen für Einrichtungen und Ausstattungen ▪ allgemeine Ersatzbeschaffung Schlauchmaterial 2.500 €, Anschaffung von einheitlichen Hohlstrahlrohren 2.000 €:	9.440 €	4.940 €

Weitere wesentliche Mehraufwendungen zum Haushalt 2013:

Produkt	Sachkonto	Wesentliche Positionen	Ansatz 2014	Differenz zum HHJ 2013
02 3001	6880000	Bezuschussung der Führerscheine, allgemeine Fort- und Weiterbildung	9.350 €	750 €
06 3001	6001000	Ausgaben für die Mittagsbetreuung (Essen)	30.000 €	4.250 €
06 3001	6061000	Materialaufwand für Instandhaltung Außenanlagen – hier für den Kindergarten Londorf, 8.000 €	9.000 €	4.000 €
06 3001	6139000	Kosten für die Busunterhaltung sowie Aufwendung für die Fördervereine der Grundschulen (bisher unter Konto 7128 gebucht)	40.000 €	7.500 €
11 1001	6165000	Instandhaltung von Sachanlagen Austausch eines Großwasserzählers, 5.000 € Erneuerung von 2 Hydranten, 5.000 € Änderung des Meßschacht an der Kirche Geilshausen 3.500 €	62.000 €	20.000 €
11 3001	6770100	TV Befahrung Kanalnetz im Ortsteil Londorf, 2. Abschnitt	40.000 €	15.000 €
11 3002	6062000	Austausch einer Überschuss - Schlammpumpe	9.000 €	3.650 €
11 3002	6166000	Wartungskosten f. den Dekanter (alle 3 Jahre Komplett Wartung)	20.400 €	9.900 €
11 3003	6790000	Kosten für die Einleiterlaubnis	4.000 €	4.000 €
12 1001	6065000	Instandhaltung von Wegen und Plätzen Aufwand für die Instandsetzung der Brücke Rüdd. 4.000 € Instandsetzung Abstellfläche Glascontainer Londorf 8.000 € Verkehrswege in den Ortsteilen (Talstraße, Appenborn/Hofackerweg)	21.500 €	10.000 €
12 1001	6165000	Verkehrswege in den Ortsteilen – 40.000 € Instandsetzen Brücke Geilshausen 15.000 € Straße „Zum Hofacker“ 5.000 € Instandsetzung Bruchsteinmauer in Kesselbach/ Odenhausen 10.000 € Erneuerung von Schachtanlagen 8.000 €	78.400 €	36.500 €
12 2001	6001000			
15 1002	6201000	Die durch Krankheitsausfall seither unbesetzte Stelle im Bauhof wird im HH-Jahr 2013 gem. Stellenplan wieder besetzt.	250.670 €	34.680 €

Die **Abschreibungen** betragen im Haushaltsjahr 2014 insgesamt 1.190.390 €, wobei sich die Belastung des Haushaltes allerdings durch die Auflösung von Sonderposten in Höhe von insgesamt 665.969 € entsprechend vermindert. Die Erhöhung der Afa ist auf die neuen Werte bei den Abwasseranlagen zurückzuführen (Ergebnis aus der Gebührenberechnung).

Die **Aufwendungen für Zuweisungen und Zuschüsse sowie besondere Finanzaufwendungen** betragen im Haushaltsjahr 2014 insgesamt 144.285 €. Hierzu zählen u.a. die laufenden Zuweisungen an den Wasserverband Lumdata; die Beteiligung an dem Gemeindepädagogen sowie die Zuweisung an die Diakoniestation.

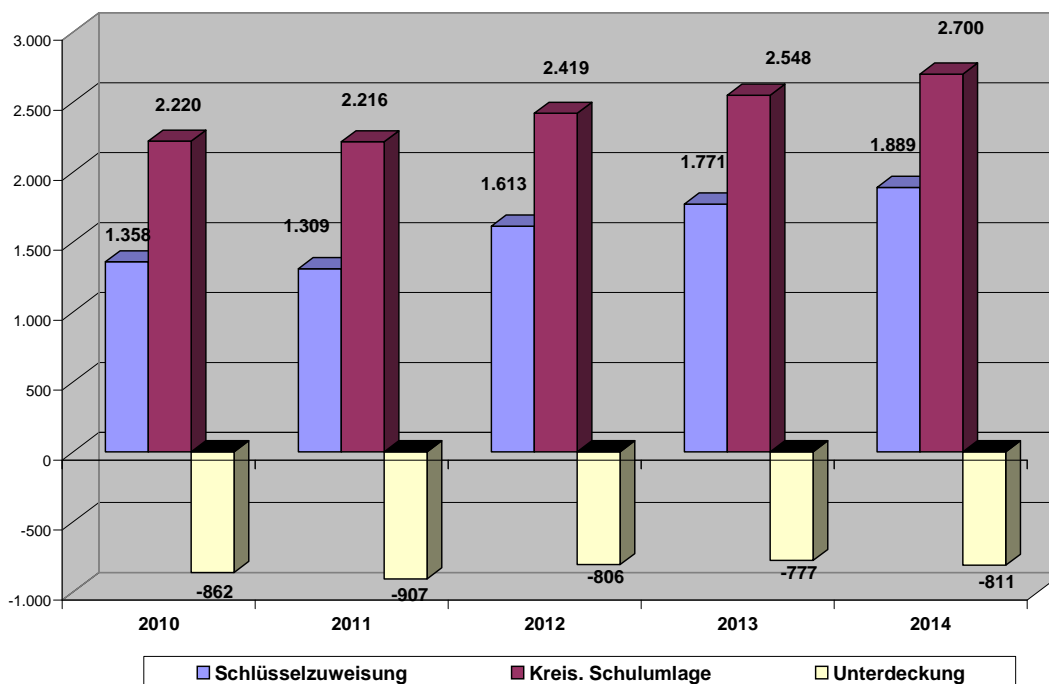
Die **Steueraufwendungen einschließlich der Aufwendungen aus gesetzlichen Umlageverpflichtungen** in Höhe von insgesamt 2.895.861 € beziehen sich u.a. auf folgende Positionen:

Kreisumlage	1.908.042 €
Schulumlage	791.139 €
Gewerbesteuerumlage	84.000 €
Kompensationsumlage	91.680 €
Abwasserabgabe	17.000 €
andere Umlage	4.000 €

Die Schlüsselzuweisung hat sich im Haushaltsjahr 2014 gegenüber dem Haushaltsjahr 2013 um 118.041 € erhöht.

Die Kreis- und Schulumlage hat sich im Haushaltsjahr 2014 gegenüber dem Haushaltsjahr 2013 um 151.197 € erhöht.

Allein bei der Aufrechnung der erhaltenen Schlüsselzuweisung in Höhe von **1.888.906 €** mit der zu zahlenden Kreis- und Schulumlage in Höhe von 2.699.181 € ist zu erkennen, dass der Gemeinde ein Haushaltsloch in Höhe von 810.276 € entsteht.



Bei den **Transferaufwendungen** in Höhe von 3.700 € handelt es sich um Ausgaben für die Netzwerktagespfege sowie um Aufwendungen für Ehrungen.

Zu den **ordentlichen Aufwendungen** in Höhe von insgesamt 4.795 € gehören die sogenannten betrieblichen Steuern (KFZ), wie die Grundsteuer A und Grundsteuer B.

Neben den ordentlichen Aufwendungen sind im Haushaltsplan auch **Finanzerträge, Zinsen und ähnliche Aufwendungen sowie außerordentliche Erträge und Aufwendungen** zu veranschlagen. Die im Haushaltsplan 2014 ausgewiesenen Finanzerträge belaufen sich auf insgesamt 27.535 € und beziehen sich im Wesentlichen auf Säumniszuschläge, Mahngebühren sowie auf die Verzinsung von Steuernachforderungen.

Die **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** betragen im Haushaltsplan 2014 insgesamt 516.875 €. Dies sind Zinszahlungen für langfristige Investitionskredite sowie Aufwendungen für die zu leistende Zinsdienstumlage gem. § 40c FAG.

III. Erläuterungen zum Finanzhaushalt

Im Finanzhaushalt erfolgt eine periodengerechte Gegenüberstellung aller Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit, aus der Investitionstätigkeit sowie aus der Finanzierungstätigkeit.

Die Investitionen, für die im Haushaltsplan 2014 Mittel in Höhe von insgesamt **1.130.050 €** zur Verfügung gestellt wurden, beziehen sich insbesondere auf folgende Maßnahmen (**ab 5.000 Euro**):

Produkt	I - Nummer	Bezeichnung der Investitionsmaßnahme	Erlöse in Euro	Kosten in Euro
01 1005	I 01 1005 A 03	Renaturierung „Kaulbach“ Allertshausen	45.000	95.000
01 1005	I 01 1005 G 02	Rückkauf „Muhlbrücken“ Geilshausen.		45.000
01 1005	I 01 1005 R 03	Zuschuss Schützenverein Rüddingshausen		5.000
01 1005	I 01 1005 V 02	Anbau Umbau Bauhof - Umkleideräume		30.000
02 3001	I 02 3001 K 07	Umbau Feuerwehrrätehaus Kesselbach - Planung		10.000
02 3001	I 02 3001 L 14	Anschaffung Löschfahrzeug StLF 20/25	90.000	305.000
06 4002	I 06 4002 L 06	Spielgeräte Spielplatz Londorf „Kreuzacker“		5.000
10 1001	I 10 1001 O 02	Dorferneuerung Odenhausen	36.000	59.000
11 3001	I 11 3001 O 01	Grundhafte Kanalerneuerung Odenhausen		250.000
11 3002	I 11 3002 L 09	Reglersystem Aqualogic Kläranlage Londorf		55.000
13 2001	I 13 2001 G 02	Ausbau von Grabreihen sowie Alternative Bestattung		7.000
13 4002	I 13 4002 G 01	Waldankauf im Rahmen des WKA Ausbaues am Noll		15.000
15 1002	I 15 1002 V 29	Ersatzbeschaffung LKW für Bauhof		140.000
15 1002	I 15 1002 V 30	Ersatz Ford- Pritschewagen		30.000
15 1002	I 15 1002 V 31	Anschaffung Minibagger mit Allendorf/Lda	16.000	32.000
16 1001	I 16 1001 V 01	Investitionspauschale:	136.000	
16 1001	I 16 1001 V03	Beteiligung an Projekten der Beteiligungsgesellschaft „Lumdata!“		50.000

Schulden

Aufgrund der Investitionen kann in diesem Jahr kein Schuldenabbau vorgenommen werden. Die notwendigen Investitionen machen es erforderlich, dass eine Neuverschuldung in Höhe von 113.330 € vorgenommen werden muss. In den Folgejahren wird wieder ein Schuldenabbau möglich sein.

Voraussichtlicher Schuldenstand - 1.000 EUR -

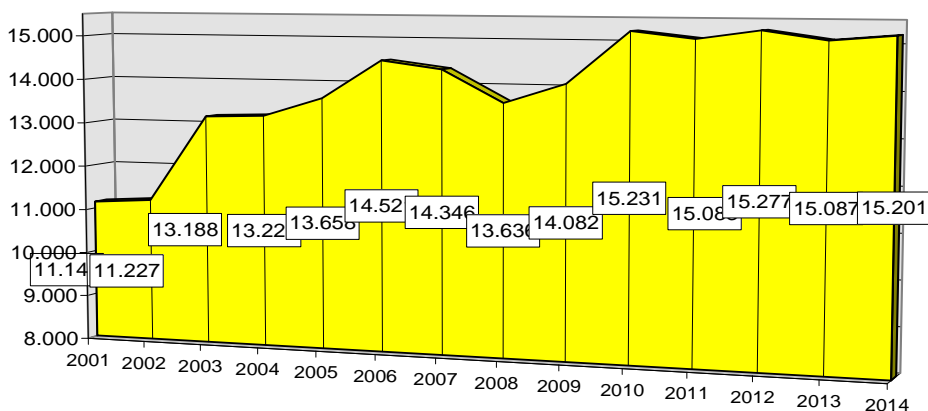
Stand 01.01.2014 inkl. Brauereidarlehen und Seniorenwohnheim		15.087 €
Plankreditaufnahme		698 €
Summe aller Tilgungsleistungen		-584 €
davon: laufende Tilgungsleistungen *		-514 €
davon: Tilgungsleistungen Brauereidarlehen		-04 €
davon: Tilgungsleistungen Seniorenwohnheim		-66 €
Voraussichtlicher Schuldenstand 31.12.2014		<u>15.201 €</u>

Nachrichtlich:

Brauerei Darlehen Stand 01.01.2014		34 €
Plankreditaufnahme		0 €
minus Tilgungsleistungen		-4 €
Voraussichtlicher Schuldenstand 31.12.2014		<u>30 €</u>

Seniorenwohnheim Stand 01.01.2014		780€
Plankreditaufnahme		0 €
minus Tilgungsleistungen		-66 €
Voraussichtlicher Schuldenstand 31.12.2014		<u>714 €</u>

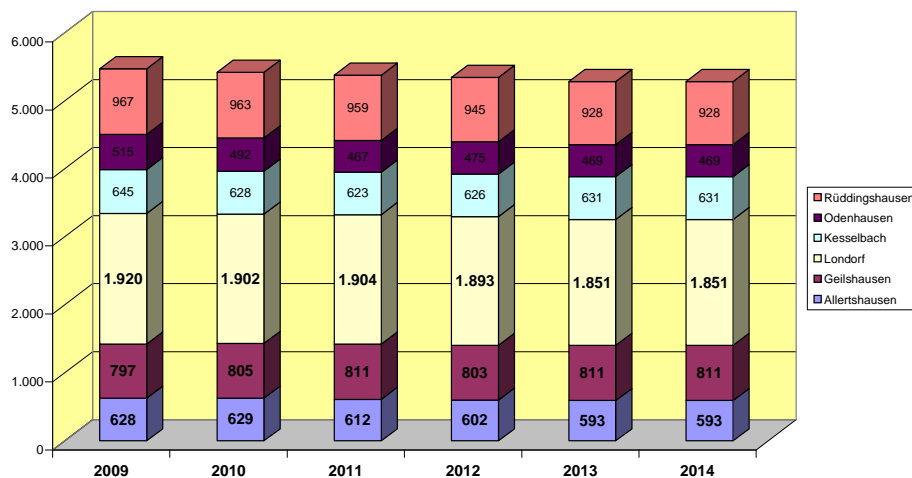
Entwicklung der Schulden (ohne Kassenkredite) seit 2001



Schuldenstand in TMio. EUR jeweils am Ende des Haushaltsjahres
(2001 - 2012 tatsächlicher, und 2013/2014 lt. Haushaltsansatz)

Bevölkerungsentwicklung

Den Einwohnerzahlen liegen die aktuellen Meldedaten zu Grunde.



Stellenplan:

Der Stellenplan wurde nicht geändert:

Erläuterungen zur mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung

Der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung der Gemeinde Rabenau für den Planungszeitraum 2015 bis 2017 liegen die Orientierungsdaten des Hessischen Ministeriums des Innern und für Sport zu Grunde. Mit den Orientierungsdaten haben die Kommunen Hinweise auf die nach gegenwärtigem Sach- und Rechtsstand voraussichtliche Entwicklung wichtiger Einnahme- und Ausgabepositionen in ihren Haushalten erhalten.

Änderungen in den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen, mögliche gesetzliche Neuregelungen sowie die tatsächliche Entwicklung des Steueraufkommens können zu abweichenden Ergebnissen führen. Dies gilt insbesondere auch für die zurzeit nicht vorhersehbaren Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft durch die aktuelle Finanzkrise.